



Sudetendeutsche Zeitung

Die Zeitung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

Reichenberger Zeitung ^{156. Jahrgang}

HEIMATBOTE

Heimatruf

VOLKSBOOTE

Jahrgang 69 | Folge 6 | 2,80 EUR · 75 CZK | München, 10. Februar 2017

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt
Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft mbH · Hochstraße 8 · D-81669 München · eMail zeitung@sudeten.de

B 6543

DIESE WOCHE

Prag
Absturz im Korruptionsindex: Die Tschechische Republik nur noch auf Rang 47. Seite 2

Prag und Washington
Im Taumel der „Trumpmania“: Miloš Zeman und Andrej Babiš freuen sich auf ihre Besuche beim neuen USA-Präsidenten. Seite 2

KURSE
1 CZK = 0,03701 EUR
1 EUR = 27,0203 CZK
PX 50 = 947,25 (+14,79)

Berlin
„Versuch, in der Wahrheit zu leben“: Die Tschechische Botschaft gedachte auf originelle Weise der Charta '77 und deren 40. Jahrestages. Seite 3

› Volksgruppenrechte und Minderheitenschutz in der EU

Ein Rückschlag für die Gegner

Für nichtig erklärt hat am 3. Februar das Gericht der Europäischen Union (EuG) in Luxemburg die Entscheidung der von 2010 bis 2014 amtierenden EU-Kommission „Barroso II“, die Bürgerinitiative „Minority SafePack – one million signatures for diversity in Europe“ (Minderheiten-Sicherheitspaket – eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa) abzulehnen.

Geklagt hatten die Initiatoren dieser Bürgerinitiative. Diese war auf dem Jahreskongress 2013 der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV, englisch FUEN) beschlossen und mit einer farbenfrohen Aktion am Domplatz in Brixen gestartet worden. Beteiligt sind die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien, die Südtiroler Volkspartei und die Jugend Europäischer Volksgruppen. Die FUEV ist eine unabhängige Dachorganisation von 90 Vereinigungen nationaler autochthoner Minderheiten aus 33 europäischen Staaten, die sich für die Rechte von nahezu 60 Millionen Menschen einsetzt. Europäische Bürgerinitiativen müssen von der EU-Kommission akzeptiert werden und brauchen für ihre Zulassung dann eine Million Unterschriften. Mit Entscheidung vom 13. September 2013 lehnte die Kommission die Registrie-

rung dieses Vorschlags mit der Begründung ab, daß er offenkundig außerhalb des Rahmens liege, in dem sie befugt sei, einen Vorschlag für den Erlaß eines Rechtsakts der EU vorzulegen, um die Unionsverträge zu realisieren. Mithin konnte auch keine Unterschriftensammlung erfolgen.

Das erstinstanzliche Gericht in Luxemburg entschied nun, die Ablehnung der Kommission sei nicht hinreichend begründet und damit auch nicht nachvollziehbar. Die Kommission habe weder angegeben, welche der im Anhang des Antrags genannten Maßnahmen nicht in ihre Zuständigkeit fielen, noch die Gründe, auf denen diese Schlußfolgerung beruhe. Das habe die Kläger, den Bürgerausschuß für die Bürgerinitiative Minority SafePack, daran

Im Zusammenwirken mit Repräsentanten anderer Volksgruppen soll ein Europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht verankert und verwirklicht werden, für das sudetendeutsche Persönlichkeiten und Organisationen seit Jahrzehnten wegweisende Vorarbeiten geleistet haben.“

Aus der Grundsatzklärung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, beschlossen von der Sudetendeutschen Bundesversammlung am 28. Februar 2015.

gehindert, die Richtigkeit dieser Beurteilung in Frage zu stellen. Damit sei auch das Einreichen eines den Einwänden der Kommission Rechnung tragenden Vorschlags nahezu unmöglich geworden. Die Kommission muß dem Bürgerausschuß dessen Kosten für das Verfahren erstatten.

Mit der Initiative „Minority SafePack“ soll die EU aufgefordert werden, den Schutz für Angehörige nationaler Minderheiten und von Sprachminderheiten zu verbessern sowie die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union zu stärken. Im Anhang des Vorschlags werden elf Bereiche dargestellt, in denen die EU-Organen Vorschläge für Rechtsakte ausarbeiten sollen, wobei zu diesem Zweck genaue Angaben über die Arten der zu erlassenden Rechtsakte, ihrem Inhalt und ihren Rechtsgrundlagen im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union gemacht wurden. Vorgeschlagen werden unter anderem eine Anpassung der gemeinsamen Bestimmungen für regionale Fördermittel der EU dahingehend, daß Minderheitenschutz und die Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt als Ziele einbezogen werden sowie eine Stärkung der Stellung von Bürgern, die einer nationalen Minderheit angehören mit dem Ziel, ihre berechtigten Anliegen bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu berücksichtigen.

FUEV-Präsident Loránt Vincze erklärte: „Dies ist ein Tag des Sieges für die autochthonen nationalen Minderheiten in Euro-



In Deutschland ist Hartmut Koschyk MdB (rechts) namens der Bundesregierung für die nationalen Minderheiten und Volksgruppen zuständig. Unser Bild zeigt ihn mit FUEV-Präsident Loránt Vincze (links), FUEV-Vizepräsidentin Olga Martens und Bernhard Gaida, dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Gesellschaften im heutigen Polen und neugewählten Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEV.

pa. Wir sind noch nicht am Ende unserer Reise, aber haben heute einen wichtigen Schritt gemeistert. Die Entscheidung des Gerichts verpflichtet die Europäische Kommission, die Initiative der europäischen Minderheit sehr ernst zu nehmen. Die Minderheitensolidarität und die gute Vorbereitung haben sich bewährt. Die Partnerschaft, die unter dem Dach der FUEV geschaffen wurde, hat zu diesem großen Erfolg geführt. Vielen Dank an alle Unterstützer! Unsere Arbeit geht morgen weiter.“

Auch der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, begrüßt das Urteil. Er rät der Europäischen Kommission, sich nicht „in verfahrensjuristischen Argu-

mentationen zu einer falschen Entscheidung ihrer Vorgängerin zu verstricken“ und ruft sie vielmehr dazu auf, „jetzt das unmittelbare Gespräch mit den Initiatoren der Bürgerinitiative über eine Verbesserung des Minderheitenschutzes in der Europäischen Union zu suchen“. Ziel bleibe dessen Verankerung im EU-Gemeinschaftsrecht.

2008 hatte die FUEV in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament das Europäische Dialogforum ins Leben gerufen, um den politischen Einfluß der Minderheiten zu verstärken. Eine prägende Gestalt in diesem Gremium war und ist Bernd Posselt, der langjährige CSU-Europaabgeordnete und gegenwärtige Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe. hf



› Christdemokraten und Bürgermeister

Interessantes Bündnis

Die in wenigen Monaten stattfindende Wahl zur Abgeordnetenversammlung des tschechischen Parlaments wirft ihre Schatten voraus. Parteien, aber auch parteiähnliche Bewegungen stellen ihre Programme vor und denken darüber nach, wer mit wem Politik machen könnte.

Mit einem neuen Profil will die Bürgerlich-Demokratische Partei ODS aufwarten, die den ehemaligen Minister und Vizepremier Alexandr Vondra reaktivieren möchte. Vondra ist im allgemeinen Bewußtsein auch als einer der Architekten der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997 (→SdZ 5/2017) bekannt. Die einstige national-neoliberale „Klaus-Partei“ schien zunächst an den Rand des politischen Geschehens gerückt zu sein, unter anderem auch deshalb, weil sie im Zusammenhang mit der Europäischen Integration zu sehr auf Großbritannien als Konservative orientiert war, im Europäischen Parlament

die entsprechende Fraktion wählte und nach der „Brexit“-Abstimmung der Briten neue Partner sucht.

Mit ihrer Zukunft hadert auch die Partei TOP09, früher unter der Leitung des Fürsten Karl Schwarzenberg. Die öffentliche Zustimmung ist – auch mit Blick auf den Vorsitzenden Miroslav Kalousek – nicht besonders groß, so daß inzwischen der Parteivorsitz ebenfalls diskutiert wird.

Die stärkste Reaktion rief jedoch die Ankündigung der Christdemokraten (KDU-ČSL) hervor, ein neues Bündnis schmieden zu wollen. Parteichef, Wissenschaftsminister und Vizepremier Pavel Bělobrádek, der zu den Architekten der sudetendeutsch-tschechischen Verständigung gehört, und die Bewegung Bürgermeister und Unabhängige (STAN), der Petr Gazdík vorsteht, wollen verhandeln, wie sie einen gemeinsamen Wahlauftritt gestalten könnten. So kommen zwei Kräfte zusam-

men, die gemäßigte und tolerante Positionen vertreten.

Ursprünglich wurden mehrere Varianten diskutiert. Bei einer Vereinigung würde das Wahlrecht der neuen politischen Kraft eine Fünfprozenthürde vorgeben. Eine Wahlkoalition zweier sich nahestehender, aber weiterhin selbständiger Parteien müßte zehn Prozent überspringen, um ins Abgeordnetenhaus zu kommen. Bělobrádek zitierte auf die Frage, ob dies für seine Partei zu riskant sei, eine alte Weisheit: „Wer Angst hat, darf nicht in den Wald gehen.“

Laut Agrarminister Marian Jurečka (KDU-ČSL) müssen die Wähler eine eindeutige Alternative zwischen sozialistischen Alternativen erhalten und einer Partei, „die nicht viele demokratische Elemente anbietet“. Gemeint ist die Bewegung ANO, die gegenwärtig noch keine Wahlprogramme diskutiert, sondern mit ihrem Vorsitzenden hadert (→rechts). **Jaroslav Šonka**

› Abgeordnetenhaus 2017, Staatspräsident 2018

Stilsuche vor zwei Wahlen

In der Tschechischen Republik hat die Suche nach einem erfolgreichen Kommunikationsmodell für den Wahlkampf vor zwei anstehenden Wahlen begonnen.

Lustvoll mischt sich auch Staatspräsident Miloš Zeman in solche Auseinandersetzungen ein. Die Wahl des Präsidenten ist erst 2018 an der Reihe, aber zu den im Lande intensiv diskutierten politischen Fragen gehört auch die Möglichkeit seiner erneuten Kandidatur. Bekannt ist jedenfalls, daß die Präsidentenkanzlei einstimmig die Kandidatur befürwortet. Zeman's Popularität ging zwar geringfügig zurück, die Zustimmung beträgt jedoch immer noch mehr als 50 Prozent.

Die Bemühungen anderer möglicher Kandidaten, ihn herauszufordern, sehen nicht besonders elegant aus. Michal Horáček, der frühere Eigentümer eines Wettbüros und Millionär, verstrickt sich immer wieder in historisch sonderbare Gedanken, etwa darüber, wel-

che Bedeutung Václav Havel gehabt habe. Horáček beobachtet gut, daß die Massage der Öffentlichkeit durch den vorletzten Präsidenten Václav Klaus und den jetzigen, Miloš Zeman, das Erbe Václav Havel's bewußt und massiv beschädigt. Die „Sonnenanbeter“ (Sluníčkáři) und „Gutmenschen“ (dobroseři), als die Havel's Mitstreiter, Anhänger und Erben bezeichnet werden, haben in der heutigen Zeit keine Chance, gegen die Vertreter grober Wortwahl und vermeintlicher Volksnähe einen eigenen Kandidaten durchzusetzen. Havel sprach über „Wahrheit und Liebe“, so daß es noch einen ebenso negativ gemeinten Begriff gibt: „pravdoláskař“ oder Wahrheitsengel. So kann man mit den Themen Wahrheit und Liebe zum Abschaum der Nation werden.

Vielleicht hat in diesem Zusammenhang Jiří Drahoš eine Chance. Als Präsident der Akademie der Wissenschaften gewann er den Ruf eines ernstesten und zutiefst

soliden Menschen. Seinen Posten bei der Akademie hat er soeben verlassen und überlegt nun ernsthaft zu kandidieren.

Die Bewegung ANO hat zwar in den Umfragen immer wieder die höchsten Werte, doch der Gründer und Chef dieser Bewegung, Finanzminister Andrej Babiš, muß gegenwärtig einige Probleme bewältigen. Zu seiner Farm „Storchennest“ (→SdZ 12+13/2016) kommen jetzt weitere Affären hinzu. Er beschuldigt öffentlich-rechtliche Medien, eine Kampagne gegen ihn zu betreiben. Und es ist sogar ein Videoclip bekannt, in dem er Fernsehredakteure als „korrumpiertes Pack“ bezeichnet und behauptet, sie produzierten „auf Bestellung“ kompromittierende Sendungen über ihn. Das beschuldigte öffentlich-rechtliche Fernsehen protestierte und will diese Beschimpfung gerichtlich klären lassen. Sogar eine kleine Demonstration kam zusammen. Und der bekannte ANO-Europaabgeordnete

Pavel Telička, derzeit Vizepräsident des Europaparlaments, bezeichnete die Aussagen seines Parteichefs als „nicht akzeptabel“. Die Entwicklung der Umfragewerte von ANO in den acht Monaten vor der Parlamentswahl wird zu einem der interessantesten Aspekte der politischen Entwicklung in der Tschechischen Republik gehören.

Indes versuchte auch Premier Bohuslav Sobotka, eine rauhe Note in den Wahlkampf zu bringen, obwohl er sonst ohne Beschimpfungen auskommt. In einer kaum übersetzbaren Formulierung über seinen Koalitionspartner Andrej Babiš meinte er, „ojebal stát“ – dieser habe den Staat um vieles gebracht und geschädigt. Die Formulierung enthält sexuelle Andeutungen. Damit sind alte Geschäfte gemeint, als Babiš ein riesiges Aktionspaket von sogenannten Kronen-Schuldscheinen kaufte, die wegen der Geringfügigkeit eines einzelnen Scheins nicht

Bitte umblättern